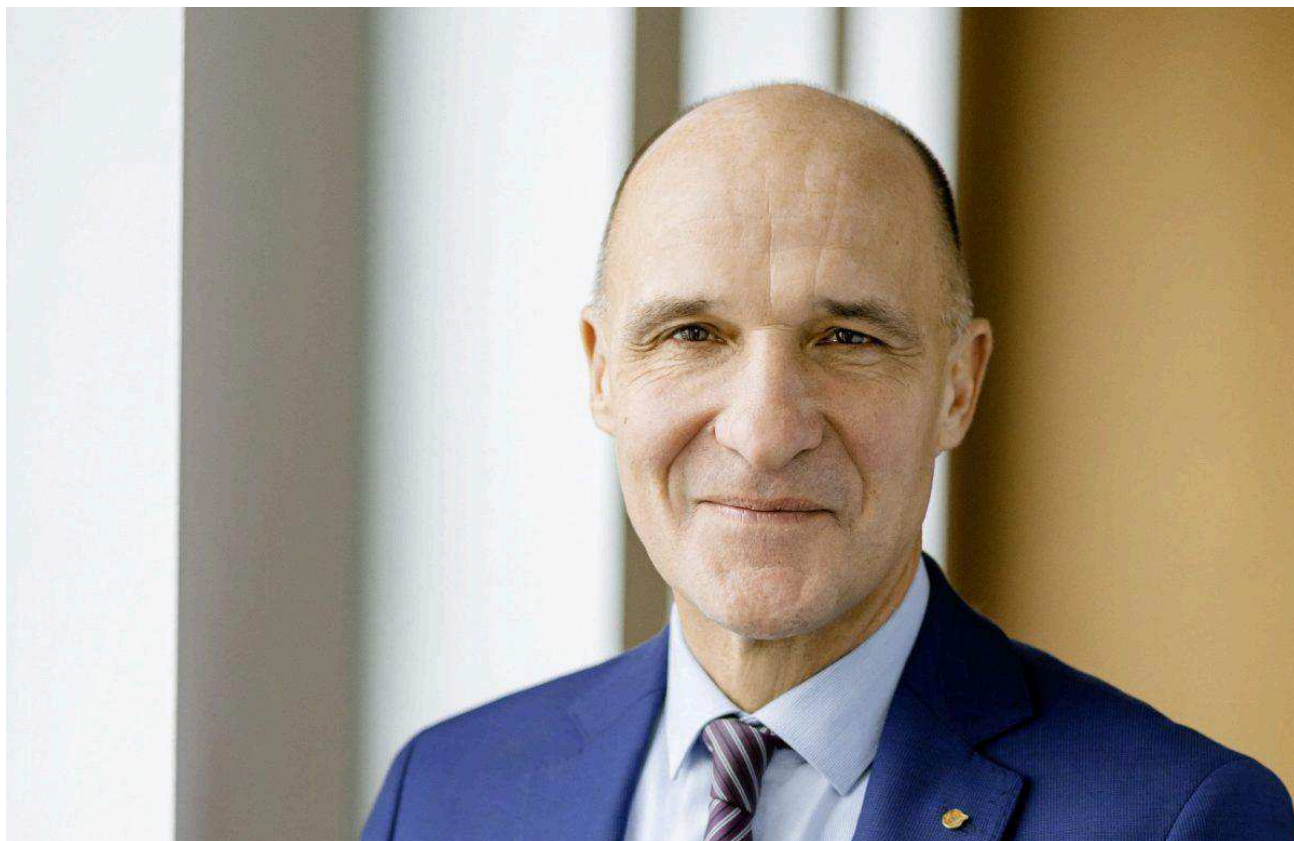


## **+ „Cappuccino, der ein Monatsgehalt kostet“: Finanzwirtschaft zerpfückt Rentenpaket-Pläne**

30. Juni 2025

Beitrag bearbeiten



DVAG-Vorstand Helge Lach kritisiert die Rentenpläne der schwarz-roten Bundesregierung. Quelle: DVAG

Der Entwurf zum zweiten Rentenpaket von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) sorgt in der Finanz- und Versicherungsbranche für Unmut. DVAG-Vorstand Helge Lach wirft der Union vor, dass sie der SPD bei den Renten-Plänen zu weit entgegengekommen sei. Das Unionsprojekt Frühstart-Rente, die Lach als „Placebo-Rente“ kritisiert, verglich er mit einem „Cappuccino, der ein Monatsgehalt kostet“. Auf Unverständnis stoßen die Vorschläge auch bei Branchenverbänden und Stuttgarter-Chef Guido Bader. Dieser sprach von einem „Schlag ins Gesicht unserer Kinder“.

Vertreter der Versicherungs- und Fondswirtschaft werfen der Bundesregierung vor, kurzfristige Popularität über langfristige Stabilität zu stellen – und damit Generationengerechtigkeit zu gefährden.

Helge Lach, Vorstand der Deutschen Vermögensberatung (DVAG), zeigte sich in einer Stellungnahme irritiert vom Verhalten der Unionsparteien CDU und CSU: Es scheint, als habe die Union beim Thema Rente ihren „Kompass verloren“, schreibt Lach auf der Netzwerk-Plattform LinkedIn. Regierungsarbeit in Koalitionen funktioniere bei vielen

Themen nur mit Kompromissen, so der Manager, doch den Kompromiss, den die Union beim Rentenpaket eingegangen ist, hält Lach für viel zu teuer erkaufte.

„Die Placebo-Rente (gemeint ist die Frühstart-Rente) als Faustpfand einzusetzen für 48-Prozent-Haltelinie, Beitragssatzstabilität, massiven Ausbau des Steuerzuschusses, Einfrieren von Renteneintrittsalter und abschlagsfreier Rente sowie Einbeziehung weiterer Einzahler ist so, als gäbe man der Lust auf einen Cappuccino nach, der ein Monatsgehalt kostet“, schreibt der DVAG-Vorstand.

Aus Lachs Sicht wurde also das Herzensprojekt der Union – die sogenannte Frühstart-Rente – als politisches Tauschmittel gehandelt, das allerdings keinerlei strukturelle Wirkung entfalte und zudem in einem krassen Missverhältnis aus „Geben und Bekommen“ stehe. Wer sich ernsthaft mit den Rentenfinanzen beschäftige, wisse, dass „massive Beitragssatzsteigerungen und/oder zusätzliche Steuermittel“ unausweichlich seien, schreibt der Manager.

## **Lach warnt vor „populistischer Beruhigungstablette“**

Weiter bemängelt der Manager in seinem Statement den fehlenden Mut zu Einschnitten und warnt davor, dass der Begriff der Generationengerechtigkeit zur „populistischen Beruhigungstablette“ verkomme. „Was nutzen unseren Kindern später Kleinstbeträge aus einer Placebo-Rente, wenn dringend benötigtes Geld für den Existenzaufbau vorne und hinten fehlt. Wer nicht groß erbt, wird kleine Brötchen backen müssen“, so Lach weiter.

Die Frühstart-Rente sieht vor, dass jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr, ab dem 1. Januar 2026 pro Monat zehn Euro vom deutschen Staat erhält. Dieses Geld soll in ein „individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot“ fließen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Der in dieser Zeit angesparte Betrag kann demnach ab dem 18. Lebensjahr bis zum Renteneintritt durch private Einzahlungen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag weiter bspart werden. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein. Das Geld darf frühestens mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt werden.

Für das Rentenreformpaket veranschlagt Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) ab 2029 Kosten in Höhe von 4,1 Mrd. Euro. Im folgenden Jahr sollen sie auf 9,4 Mrd. Euro steigen, danach auf 11,2 Mrd. Euro. Das Paket sieht unter anderem vor, dass für das Rentenniveau bis zum Jahr 2031 eine Haltelinie von 48 Prozent gilt. Rentner, die 45 Jahre zum Durchschnittsgehalt gearbeitet haben, hätten folglich eine Rente in Höhe von 48 Prozent des dann gültigen Durchschnittsverdienstes zu erwarten.

## **BVK vermisst „solide Gegenfinanzierung“**

Auch beim Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) stoßen die Rentenpläne auf Unverständnis. Das Festschreiben des Rentenniveaus auf 48 Prozent „mag kurzfristig für Stabilität sorgen, doch es fehlt eine solide Gegenfinanzierung“, erklärte der Verband. Präsident Michael Heinz, erklärte, dass den Verband am meisten umtreibe, „dass das Rentenpaket keinerlei Impulse zur Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge setzt.“ Damit verkenne die Bundesregierung die Notwendigkeit eines Drei-Säulen-Modells – gesetzlich, betrieblich, privat. Das Paket sei „mutlos“ und schiebe die echten Probleme lediglich auf. Der BVK fordert stattdessen ein generationengerechtes Gesamtkonzept.

Guido Bader, Vorstandsvorsitzender der Stuttgarter Lebensversicherung, warnt unterdessen vor den fiskalischen Konsequenzen der aktuellen Rentenpolitik: „Jeder Euro, der heute ohne Gegenfinanzierung ausgegeben wird, fehlt morgen“, schreibt er einem [Gastbeitrag für das Fachmagazin Cash](#). Die wachsenden Steuerzuschüsse zur gesetzlichen Rente engten den finanziellen Spielraum des Staates ein, höhere Beitragssätze schaden Unternehmen und gefährden Wachstum. Das Einbeziehen von Selbstständigen oder Beamten sei keine Lösung, sondern eine Verschiebung des Problems auf die nächste Generation, so Bader weiter. Dies sei „ein Schlag ins Gesicht unserer Kinder“, fügte er hinzu.

## **Bader: „echte Reformen“ statt „kosmetischer Korrekturen“**

Der Stuttgarter-Chef fordert daher „echte Reformen“ statt „kosmetischer Korrekturen“. Drei Punkte hält Bader für überfällig: eine radikale Vereinfachung staatlich geförderter Vorsorgeprodukte wie Riester-Rente und betriebliche Altersversorgung (bAV), eine positive Kommunikation zur Altersvorsorge sowie „ehrliche Eingriffe in die gesetzliche Rente“ – dazu zählen für ihn die Abschaffung von Haltelinien und Frühverrentung sowie die Anhebung des Renteneintrittsalters.

Zudem kritisiert Bader die politische Kurzsichtigkeit der Gesetzgebung: „Rentenpolitik wird nach Wahlzyklen gemacht und nicht nach dem, was langfristig richtig wäre.“ Er plädiert für eine unabhängige, wissenschaftlich legitimierte Expertenkommission nach dem Vorbild anderer Länder wie Schweden oder den Niederlanden, die auf verpflichtende Kapitalstock-Modelle setzen.

## **BVI-Chef Richter: Altersvorsorgedepot mit Frühstart-Rente verbinden**

Thomas Richter, Hauptgeschäftsführer des Fondsverbandes BVI, äußerte sich in einem Kommentar zurückhaltender. „Es ist ein wichtiges Signal, dass die Bundesregierung das zentrale Thema Altersvorsorge in Angriff nimmt“, erklärte Richter. Allerdings reichten die

Anpassungen bei der gesetzlichen Rente nicht aus, damit die Bürger ihren Lebensstandard im Alter halten könnten, so der BVI-Chef. Er forderte die Bundesregierung dazu auf, die Vorschläge der Ampel-Koalition für ein Altersvorsorgedepot zeitnah aufzugreifen und mit der Frühstart-Rente zu verbinden.

Die Bundesregierung hatte erklärt, die Rentenreform zügig umsetzen zu wollen. So könnte das Paket bereits in der Bundesratssitzung am 11. Juli 2025 eingebracht werden.

Autor: Lorenz Klein

Dieser Artikel ist ausschließlich für Abonnenten von *VWheutePLUS* und *VersicherungswirtschaftPLUS* persönlich bestimmt. Das Weiterleiten der Inhalte - z.B. an Bekannte oder Kollegen sowie das Teilen im unternehmenseigenen Intranet oder die Vervielfältigung über Social Media - ist ohne entsprechende Lizenz nicht erlaubt. Mit einer von uns nicht autorisierten Weitergabe brechen Sie das Gesetz und verstoßen wahrscheinlich auch gegen Compliance-Vorschriften Ihres Unternehmens.

---